

Was am Ende übrig bleibt – einige regionale Aspekte beim Übergang von der Wirtschaftsleistung zum Verfügbaren Einkommen

Reiner Seitz

In Deutschland wurden im Jahr 2003 Waren und Dienstleistungen (Bruttoinlandsprodukt) im Wert von 2 128 Mrd. Euro produziert. Die Entstehung dieser wirtschaftlichen Werte ist nicht gleichmäßig über das ganze Land verteilt, sondern konzentriert sich zu großen Teilen in Städten und Ballungsräumen. Im Zuge der Produktion werden allerdings nicht nur Waren und Dienstleistungen, sondern auch Einkommen unterschiedlicher Art geschaffen. Je nach Art und Weise der Teilnahme der privaten Haushalte am Wirtschaftsgeschehen kann es sich um Arbeitnehmerentgelte, Vermögenseinkommen oder Unternehmereinkommen handeln. Mit dem Wechsel des Betrachtungswinkels von der Entstehung zur Einkommenssicht ist allerdings auch ein regionaler Übergang verbunden. Waren und Dienstleistungen entstehen am Ort der Produktion, Einkommen fließen den Haushalten am Wohnort zu. Diese Orte müssen nicht notwendigerweise zusammenfallen, wobei das den Haushalten letztendlich zur Verfügung stehende Einkommen durch – in der Regel – staatliche Umverteilungsmaßnahmen nochmals beeinflusst wird. Aus volkswirtschaftlicher Sicht lassen sich daher in der regionalen Ausprägung drei Aspekte, nämlich die Leistungsentstehung, das Einkommenspotenzial und das tatsächliche Einkommen unterscheiden. Zwischen diesen Größen finden interregionale Transfers statt; sie stimmen daher in ihren regionalen Verteilungsmustern nicht überein. Dies gilt für Deutschland wie für Baden-Württemberg, wobei die Einwohner Baden-Württembergs aufgrund der wirtschaftlichen Stärke des Landes in besonderem Maße an diesen regionalen Umverteilungsprozessen beteiligt sind. Der nachfolgende Beitrag beruht auf den Berechnungen, die von den Mitgliedern des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ durchgeführt werden.

Nach den Prinzipien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) werden die Werte der produzierten Waren und Dienstleistungen am Ort ihrer Entstehung, also dem Standort von Fabriken, Werkshallen, Büros, Schulen,

Krankenhäusern ..., nachgewiesen. Für das Gesamtgebiet der Bundesrepublik Deutschland bezifferte sich dieser Wert, das Bruttoinlandsprodukt (BIP), im Jahr 2003 auf 2,1 Billionen Euro.¹ Die Erzeugung dieser Güter und Werte ist allerdings nicht gleichmäßig über die Fläche verteilt, sondern konzentriert sich in bestimmten Gebieten. Um die Wirtschaftskraft einer Region oder eines Gebietes zu bestimmen und mit anderen Regionen oder Gebieten vergleichbar zu machen, ist die Normierung auf eine Bezugsgröße erforderlich. Übliche Bezugsgrößen in den VGR sind die Einwohner und die Erwerbstätigen. Für beide Bezüge gibt es gute Gründe. Um die Leistung und Produktivität zu analysieren, bietet sich der Bezug des Bruttoinlandsprodukts auf die Erwerbstätigen an. Damit wird eine unmittelbare Relation zu den Personen geschaffen, die an der Erstellung der Waren und Dienstleistungen beteiligt sind. Durch den Bezug auf die unmittelbar Beteiligten wird allerdings weder über die absolute Höhe der Wirtschaftsleistung noch über die Wohlfahrtswirkung etwas ausgesagt. So lässt sich eine hohe Produktivität auch mit wenigen Erwerbstätigen erreichen. Daneben bleiben alle am Wirtschaftsgeschehen nicht unmittelbar Beteiligten wie Kinder, Alte, Arbeitslose bei dieser Art der Normierung unberücksichtigt.

Der weitere gebräuchliche Maßstab, die Einwohner, hat andere Nachteile. Durch den Bezug der wirtschaftlichen Leistung auf alle Einwohner wird ein Bezug zu einer Grundgesamtheit hergestellt, deren Beteiligung an der wirtschaftlichen Erzeugung im betreffenden Gebiet nicht bekannt ist. Damit ist eine plausible Aussage hinsichtlich der regionalen Dichte von wirtschaftlichen Aktivitäten fraglich. Das Potenzial einer Missweisung oder Fehlinterpretation wird dabei umso größer, je kleiner die betrachtete regionale Einheit beim Bezug auf Erwerbstätige oder Einwohner wird.

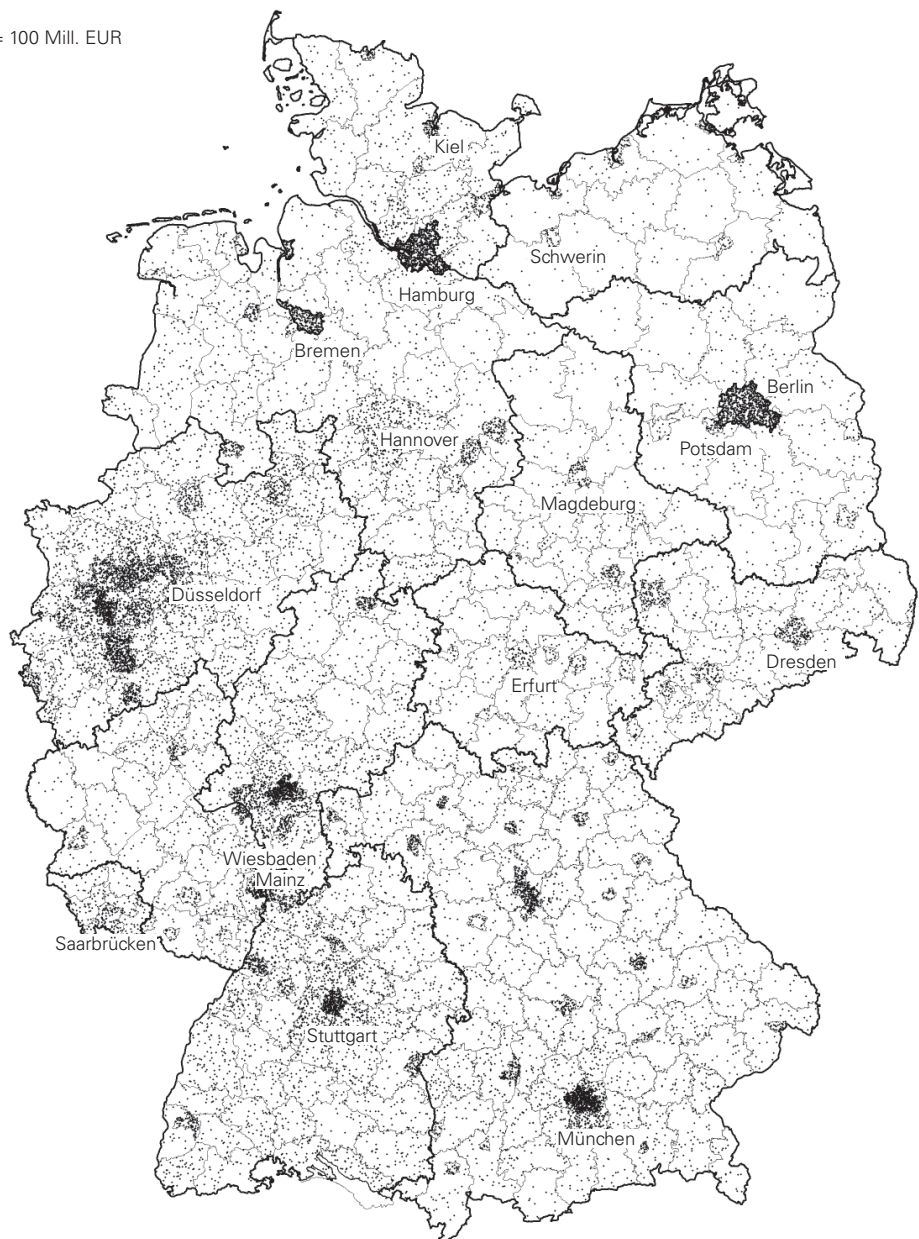
Da im Fokus dieses Beitrags die regionalen Muster für die Entstehung und die Nutzung wirtschaftlicher Werte, deren Gemeinsamkeiten und deren Unterschiede stehen, die beiden üblichen Bezugsgrößen (Einwohner und Erwerbstätige) zur Darstellung der regionalen

Dipl.-Ing. agr. Reiner Seitz ist Referent im Referat „Wirtschaftswissenschaftliche Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

¹ Alle Angaben der VGR in diesem Beitrag beziehen sich auf den Berechnungsstand August 2004. Nur für diesen Zeitpunkt ist gegenwärtig eine regional und inhaltlich vergleichbare Datenbasis gegeben. Die aktuellen Ergebnisse der nationalen VGR (für Gesamtdeutschland) werden derzeit bereits nach revidierten Prinzipien ermittelt und sind daher nicht mit den hier dargestellten Werten vergleichbar. Die regional tiefer gegliederte VGR der Länder wird diesen Prozess im kommenden Jahr nachvollziehen und voraussichtlich im Februar 2006 revidierte Länderergebnisse und ab Juni 2006 revidierte Kreisergebnisse veröffentlichen.

S1 Räumliche Dichte der Wirtschaftsleistung in Deutschland 2003 (Bruttoinlandsprodukt)

1 Punkt = 100 Mill. EUR



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

31-31-05-007

Verteilung der Güterproduktion aber aus den oben genannten Gründen fraglich erscheinen, wird für die regionale Verteilung der Wertschöpfung hier ein möglichst neutraler Maßstab verwendet: die Fläche.

Wertschöpfung regional konzentriert

Durch den Bezug auf die Fläche wird deutlich, dass die Wertschöpfung in Deutschland regional extrem konzentriert ist. Auf weniger als 2 % der Fläche Deutschlands wird ein Viertel der gesamten Wertschöpfung generiert. Dieses oberste Viertel besteht ausschließlich aus dicht

besiedelten Städten und Stadtkreisen, die als Zentren von Handel und Dienstleistungen, als Sitz von Unternehmenszentralen und administrativen Einheiten große Bedeutung haben (*Schaubild 1*). Durch den gewählten Maßstab Bruttoinlandsprodukt je km² werden natürlich Gebietseinheiten begünstigt, bei denen auf kleiner Fläche viele Wirtschaftseinheiten aktiv sind. Damit können auch regionale Einheiten in den Fokus geraten, die zwar eine hohe räumliche Dichte der Wirtschaftsleistung aufweisen, aber absolut betrachtet vergleichsweise klein sind. Die große Heterogenität auf der untersten regionalen Ebene der VGR, den Kreisen, wird in diesem obersten Viertel deutlich: Auf

der einen Seite umfasst dieses Viertel Stadtstaaten wie Berlin und Hamburg mit Million(en) an Einwohnern, auf der anderen Seite zählen dazu auch vergleichsweise kleinere Städte – teilweise mit weniger als 100 000 Einwohnern wie Schweinfurt, Regensburg oder Offenbach.

Im Kontext mit dem zweiten Viertel wird sichtbar, dass durch die Städte und Stadtkreise die wirtschaftlichen Schwerpunkte durchaus zutreffend abgegrenzt werden, denn neben den Städten treten die angrenzenden Kreise hervor und bilden das bekannte Muster der Ballungsräume. Zutage treten die wirtschaftlichen Zentren im Ruhrgebiet, entlang der Rhein-Main-Schiene, am Mittleren Neckar und der Großraum München, aber auch kleinere Agglomerationen wie um Nürnberg/Fürth treten hervor. Vergleichsweise isoliert steht dagegen die Wirtschaftsleistung von Städten wie Hamburg oder Berlin mit einer klaren Abhebung zum Umland.

Die beiden obersten Viertel umfassen zusammen

► 50 % der Wirtschaftsleistung (des Bruttoinlandsprodukts),

aber nur

- 6 % der Fläche,
- 37 % der Einwohner,
- 38 % des Verfügbaren Einkommens,
- 39 % des Primäreinkommens,
- 46 % der Erwerbstätigen.

Bereits der Vergleich dieser Eckzahlen lässt erkennen, dass es zwischen Wirtschaftsleistung und deren Verbrauch und Verwendung regionale Asymmetrien gibt. Diese unterschiedlichen Verteilungsmuster hängen zum einen damit zusammen, dass es bei der Transformation von Wirtschaftsleistung in Einkommen zu interregionalen Wertströmen kommt, zum anderen haben die Asymmetrien aber auch damit zu tun, dass die wirtschaftliche Leistung nicht 1:1 der ortsansässigen Bevölkerung als Einkommen zugute kommt. Ein Beispiel für einen interregionalen Wertstrom ist die Entlohnung von Arbeitskräften, deren Wertschöpfung (und damit das daraus entstehende Entgelt) am Arbeitsort entsteht, während das Entgelt aus der Sicht des Haushalts, der die Arbeitskraft bereitstellt, an dessen Wohnort zugeht (empfängt).

Vom Bruttoinlandsprodukt zum Primäreinkommen

Der Übergang vom Bruttoinlandsprodukt als Summe der im Inland produzierten Güter und

Dienstleistungen (2 128 Mrd. Euro) zum Primäreinkommen der privaten Haushalte erfolgt in mehreren Schritten, an deren Ende sich das Primäreinkommen im Jahr 2003 in Deutschland auf 1 593 Mrd. Euro oder 75 % des BIP bezifferte. Für die Differenz zwischen Bruttoinlandsprodukt und Primäreinkommen sind im Wesentlichen vier Faktoren ausschlaggebend:

1. Durch die Verflechtung mit dem Ausland gibt es Einkommensim- und -exporte (in Deutschland entstandene Einkommen, die Ausländern zufließen, aber auch im Ausland entstandene Einkommen, die Inländern zufließen). Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt ist der Einfluss von internationalen Einkommensstransfers vergleichsweise bescheiden (etwa 1 % des BIP).
2. Von erheblich größerer Bedeutung sind die Abschreibungen, die für die Abnutzung des im Zuge der Wertschöpfung eingesetzten Anlagevermögens anzusetzen sind (etwa 15 % des BIP).
3. Die Bewertung der produzierten Güter und Dienstleistungen erfolgt zu Marktpreisen, deren Höhe maßgeblich durch staatlich erhobene Produktions- und Importabgaben sowie durch Subventionen beeinflusst ist. Der Saldo dieser Beträge steht nicht zur Entlohnung der eingesetzten Produktionsfaktoren in den privaten Haushalten zur Verfügung und muss daher abgezogen werden (gut 10 % des BIP).
4. Vom so ermittelten Primäreinkommen bleiben noch geringe Anteile bei den Unternehmen selbst bzw. beim Staat, der Rest ergibt das Primäreinkommen der privaten Haushalte.

Primäreinkommen als theoretische Einkommensgröße

Das Primäreinkommen ist die umfassendste Einkommensgröße der VGR für die privaten Haushalte. Es ist die Einkommensgröße, die beschreibt, welche Einkommen den privaten Haushalten in ihren verschiedenen Eigenschaften als Teilnehmer am Wirtschaftsleben zustehen. Konzeptionell können die privaten Haushalte Einkommen durch folgende Aktivitäten erzielen:

- aus der Entlohnung durch die Bereitstellung des Produktionsfaktors Arbeit (als Arbeitnehmer, egal ob als Vorstandsvorsitzender oder als geringfügig Beschäftigter),

■ aus der Entlohnung durch die Bereitstellung des Produktionsfaktors Kapital (alle Formen der (Kapital-)Vermögenseinkommen: Zinsen, Dividenden, ...),

■ aus eigener unternehmerischer Tätigkeit (soweit Haushalte als Einzelunternehmen oder Personengesellschaft selbst unternehmerisch tätig werden: Betriebsüberschüsse, Selbstständigeneinkommen; dazu zählen auch Betriebsüberschüsse aus eigengenutztem Wohnraum).

Das Primäreinkommen ist allerdings nicht das Einkommen, das den privaten Haushalten effektiv zur Verfügung steht, sondern es beschreibt ein Einkommenspotenzial, das sich in der Gesamtheit der privaten Haushalte aus deren Beteiligung am Wirtschaftsgeschehen ergibt. Eine Aussage über die Verteilung auf einzelne Haushalte kann in der regionalen Betrachtung mangels aussagekräftiger Basisdaten nicht getroffen werden, während es auf nationaler Ebene² durchaus Ansätze gibt, die Informationen aus den VGR mit Informationen aus anderen Quellen, zum Beispiel der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, zu verknüpfen und damit zu haushaltsbezogenen Aussagen zu gelangen. Die Ergebnisse der regionalen VGR gelten dagegen immer nur für die Gesamtheit der Haushalte.

70 % des Primäreinkommens sind Arbeitnehmerentgelte

Im bundesdeutschen Durchschnitt entfielen im Jahr 2003 mehr als sieben Zehntel (71 %) des Primäreinkommens auf die von den Haushalten empfangenen Arbeitnehmerentgelte. Das Arbeitnehmerentgelt umfasst alle baren und unbaren Vergütungen der abhängig Beschäftigten und schließt auch die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung ein. Weitere 15 % des Primäreinkommens resultieren aus Betriebsüberschüssen und Selbstständigeneinkommen, das Kapitalvermögen trägt zu 14 % zum Primäreinkommen bei. Bereits auf der Ebene der Bundesländer gibt es deutliche Unterschiede in der Zusammensetzung des Primäreinkommens (Tabelle 1). Markant ist die große Bedeutung des Arbeitnehmerentgelts in den neuen Bundesländern, wo der Anteil durchgehend bei über 80 % liegt. Der große relative Beitrag sagt allerdings weniger über die absolute Bedeutung der Arbeitnehmerentgelte in den neuen Ländern aus, er weist vielmehr auf die geringe Substanz an Kapital und die schwierigen gewerblichen Einkommensbedingungen hin.

Einen gewissen Gegenpol markieren die Hansestädte Bremen und Hamburg, in denen ein über Jahrzehnte – vielleicht sogar Jahrhunderte – aufgebauter Wohlstand zu bedeutenden Vermö-

T1 Wirtschaftsleistung, primäre und sekundäre Einkommensverteilung der									
Lfd. Nr.	Merkmal	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	
Mill. Euro									
1	Bruttoinlandsprodukt (BIP)	312 263	375 952	76 823	44 285	23 153	76 740	190 146	
2	Empfangenes Arbeitnehmerentgelt	164 983	185 694	39 996	30 235	8 703	24 276	90 363	
3	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	34 943	43 841	8 666	4 242	1 985	6 381	19 171	
4	Saldo der Vermögenseinkommen	39 021	34 219	5 390	2 937	3 334	8 742	18 148	
5	Primäreinkommen	238 948	263 755	54 052	37 415	14 021	39 398	127 683	
6	Geleistete laufende Übertragungen	103 056	118 960	27 803	18 488	5 927	17 851	60 518	
7	Empfangene laufende Übertragungen	60 769	72 179	23 472	18 284	4 805	11 367	37 686	
8	Verfügbares Einkommen	196 660	216 974	49 720	37 210	12 899	32 914	104 851	
%									
9	Anteil des Primäreinkommen am BIP <i>Zusammensetzung des Primäreinkommens:</i>	76,5	70,2	70,4	84,5	60,6	51,3	67,1	
10	Empfangenes Arbeitnehmerentgelt	69,0	70,4	74,0	80,8	62,1	61,6	70,8	
11	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	14,6	16,6	16,0	11,3	14,2	16,2	15,0	
12	Saldo der Vermögenseinkommen <i>Bezogen auf das Primäreinkommen:</i>	16,3	13,0	10,0	7,9	23,8	22,2	14,2	
13	Geleistete laufende Übertragungen	43,1	45,1	51,4	49,4	42,3	45,3	47,4	
14	Empfangene laufende Übertragungen	25,4	27,4	43,4	48,9	34,3	28,9	29,5	
15	Anteil des verfügbaren Einkommens am Primäreinkommen	82,3	82,3	92,0	99,5	92,0	83,5	82,1	

² Vgl. zum Beispiel „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen und Einkommensarten 1991 bis 2002“; Arbeitsunterlage, Destatis 2003.

genseinkommen (Anteil über 20 % am Primäreinkommen) verhelfen dürfte. Die besondere Stellung von Städten als Zentren einer Kapitalakkumulation wird im Vergleich der beiden genannten Stadtstaaten mit den Flächenländern deutlich. Sie lässt sich darüber hinaus aber grundsätzlich feststellen. So sind in Baden-Württemberg acht von neun Stadtkreise – die Ausnahme ist Mannheim – unter den Top Ten der 44 nach dem Anteil der Vermögenseinkommen am Primäreinkommen gestaffelten Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs zu finden.

Regionale Abweichung von Wirtschaftsleistung und Einkommenspotenzial

Während das Bruttoinlandsprodukt die Summe der produzierten Waren und Dienstleistungen umschreibt, gibt das Primäreinkommen das Einkommenspotenzial der privaten Haushalte aus deren Beteiligung am Wirtschaftsleben wieder. Zwischen Wirtschaftsleistung und Primäreinkommen gibt es zwar eine Reihe konzeptionell bedingter Zu- und Absetzungen, doch ist nicht davon auszugehen, dass die Zwischenschritte, zum Beispiel die Berücksichtigung von Abschreibungen oder die Erhebung von Produktions- und Importabgaben in größerem Umfang von der Wirtschaftsleistung abweichen und damit zu größeren regionalen Verwerfun-

gen führen. Abweichungen in den regionalen Verteilungsmustern zwischen Bruttoinlandsprodukt und Primäreinkommen dürften daher im Wesentlichen auf regionale Wertströme bei der Transformation wirtschaftlicher Leistung in Einkommen zurückzuführen sein.

In Deutschland insgesamt beziffert sich der Anteil des Primäreinkommens der privaten Haushalte am Bruttoinlandsprodukt auf rund 75 %. Nimmt man diese durchschnittliche Primäreinkommensquote als Basis (=100) einer Darstellung der regionalen Abweichungen, dann sind alle Kreise mit Werten über 100 als „(relative) Einkommensimporteure“ und Kreise mit weniger als 100 als „(relative) Einkommensexporteure“ (Schaubild 2) zu sehen. Anders ausgedrückt: Von der regional entstandenen Wirtschaftsleistung stehen im Durchschnitt rund 75 % als Einkommen für die privaten Haushalte zur Verfügung. In Kreisen, die über diesem Durchschnitt (75 %: = 100) liegen, steht mehr Einkommen zur Verfügung als der lokalen Wirtschaftskraft entspricht, in Kreisen mit weniger als 100 steht weniger Einkommen zur Verfügung als der lokalen Wirtschaftskraft im Durchschnitt entspricht.

Unter dem Gesichtspunkt der räumlichen Einkommensverteilung (Schaubild 2) zeigt sich nun vielfach ein Spiegelbild der Wirtschafts-

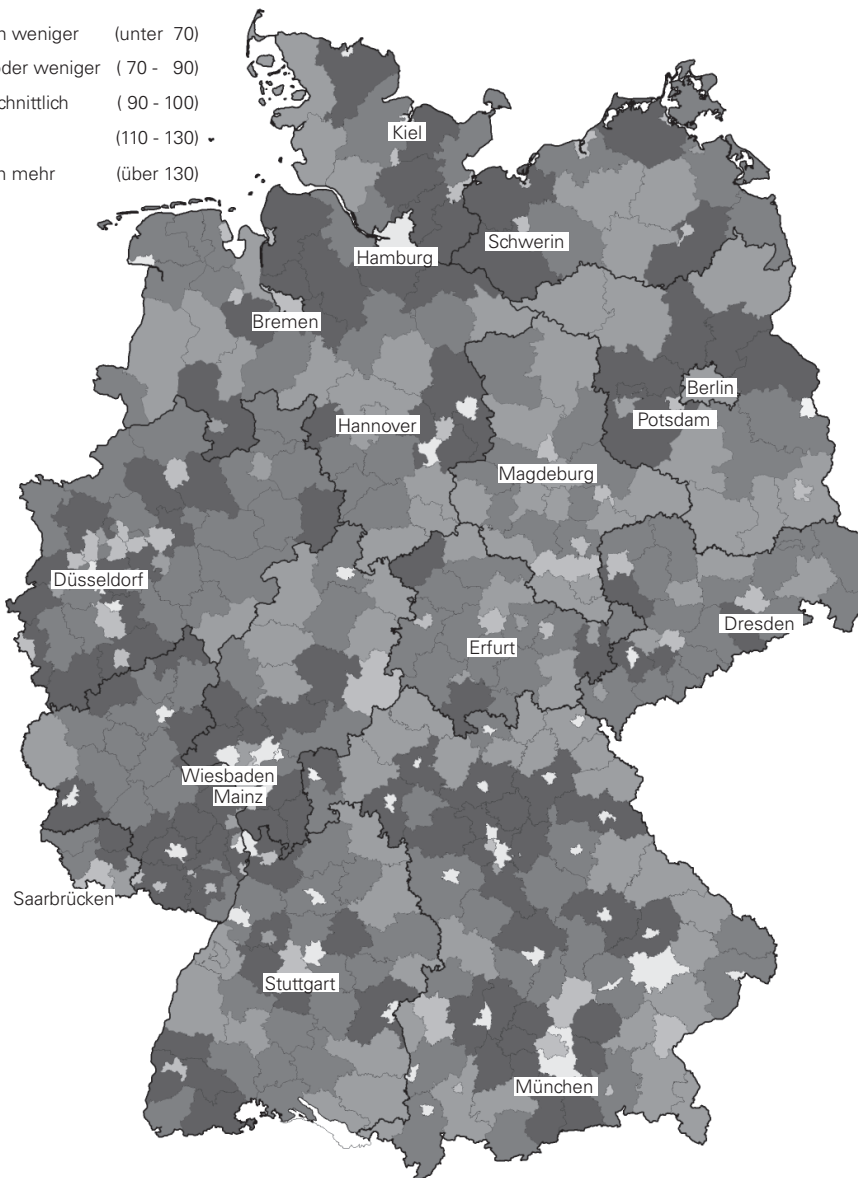
privaten Haushalte 2003 nach Bundesländern										
Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Lfd. Nr.
Mill. Euro										
29 349	181 891	469 701	93 156	25 250	77 947	44 934	65 131	41 480	2 128 200	1
18 484	107 595	250 046	57 106	14 369	47 898	27 040	38 203	27 198	1 132 190	2
3 187	23 125	55 847	11 673	2 718	7 090	4 237	9 524	4 060	240 690	3
1 438	18 643	64 010	8 144	2 164	3 995	2 009	5 730	2 215	220 140	4
23 109	149 362	369 903	76 924	19 251	58 983	33 286	53 457	33 473	1 593 020	5
11 625	67 818	165 032	35 362	8 920	28 529	16 637	25 072	16 291	727 890	6
12 402	49 617	115 908	24 415	6 967	32 457	19 044	18 240	17 068	524 680	7
23 886	131 162	320 778	65 976	17 298	62 911	35 693	46 625	34 251	1 389 810	8
%										
78,7	82,1	78,8	82,6	76,2	75,7	74,1	82,1	80,7	74,9	9
80,0	72,0	67,6	74,2	74,6	81,2	81,2	71,5	81,3	71,1	10
13,8	15,5	15,1	15,2	14,1	12,0	12,7	17,8	12,1	15,1	11
6,2	12,5	17,3	10,6	11,2	6,8	6,0	10,7	6,6	13,8	12
50,3	45,4	44,6	46,0	46,3	48,4	50,0	46,9	48,7	45,7	13
53,7	33,2	31,3	31,7	36,2	55,0	57,2	34,1	51,0	32,9	14
103,4	87,8	86,7	85,8	89,9	106,7	107,2	87,2	102,3	87,2	15

S2

Verhältnis zwischen Wirtschaftsleistung (BIP) und Primäreinkommen der privaten Haushalte in den Stadt- und Landkreisen Deutschlands 2003

Von der Wirtschaftsleistung im Kreis verbleibt ... an Primäreinkommen als im Durchschnitt Deutschlands (D: = 100)

- ☐ deutlich weniger (unter 70)
- ☐ mehr oder weniger (70 - 90)
- ☐ durchschnittlich (90 - 100)
- ☐ mehr (110 - 130)
- ☐ deutlich mehr (über 130)



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

31-31-05-008

leistung: Die Zentren der Wirtschaftsleistung, also die Stadtkreise und hoch verdichteten Landkreise in ihrem Umfeld, erweisen sich als Orte mit einer niedrigen Quote an Primäreinkommen, das heißt als Einkommensexporteur. Und die Kreise mit vergleichsweise geringer wirtschaftlicher Intensität haben überdurchschnittliche Primäreinkommensquoten, sind also Einkommensimporteure. Das häufigste, sich vielfach wiederholende Bild ist das einer Stadt oder eines urbanen Zentrums als Leistungsgenerator und das eines Umfelds als tendenzieller Leistungsempfänger. Ob in Hamburg, Wolfsburg, Regensburg oder Freiburg, in vielen Städten zeigt sich ein ähnliches Bild.

Pendeln als Hauptfaktor für interregionale Wertströme

Der Hauptfaktor für die Transformation von Wirtschaftsleistung in Einkommen und die Translokation von Einkommen von der Stadt aufs Land ist die Mobilität der Arbeitnehmer, das Pendeln. Der mit dem Pendeln der Arbeitnehmer vom Wohn- zum Arbeitsort verbundene regionale Einkommenstransfer ist dabei noch größer, als es auf den ersten Blick scheint. Es liegen zwar keine direkten Daten über die Einkommensströme vor, aufgrund der Informationen über die Pendelbewegung lässt sich dieser interregionale Einkommenstransfer aber

doch abschätzen. So weist beispielsweise die Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2003 rund 350 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aus, die in der Landeshauptstadt Stuttgart arbeiten (Tabelle 2). Mehr als die Hälfte dieser Beschäftigten (204 000) sind Einpendler und „nur“ 146 000 dieser Beschäftigten wohnen und arbeiten in Stuttgart. Unterstellt man für alle Beschäftigten ein identisches Verdienstniveau, dann hätte diese Verteilung zur Folge, dass nur rund vier Zehntel der in Stuttgart gewährten Entlohnung auch in Stuttgart bleiben und sechs Zehntel ins nähere und fernere Umland exportiert werden. Im Gegenzug ist Stuttgart allerdings auch Einkommensimporteur. Etwa jeder vierte Stuttgarter arbeitet im Umland und sorgt so dafür, dass von den in Stuttgart empfangenen Entgelten aus abhängiger Beschäftigung etwa ein Viertel importiert ist.

Im benachbarten Landkreis Böblingen scheint auf den ersten Blick zunächst ein weit gehender Ausgleich zu herrschen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist mit 158 000 relativ nahe an der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort im Kreis Böblingen. Tatsächlich verbleiben (wieder unter der Annahme einheitlicher Verdienste) weniger als sechs Zehntel der geleisteten Arbeitnehmerentgelte im Landkreis. Der Export an Einkommen durch Einpendler wird aber weit gehend ausgeglichen durch den Import an Einkommen über die Auspendler. Ein eindeutiger Einkommensimporteur ist dagegen der an den Kreis Böblingen anschließende Landkreis Calw. Die Zahl der Auspendler ist fast so groß wie die Zahl der im Landkreis selbst ansässigen und beschäftigten Personen. Bezogen auf das insgesamt empfangene Arbeitnehmerentgelt ist – wieder unter der Annahme einheitlicher Verdienste – nahezu die Hälfte (46 %) des Primäreinkommens aus abhängiger Beschäftigung importiert.

Pendeln meist nur über kurze Entfernung wirksam

Das Pendeln zwischen Wohn- und Arbeitsort ist zwar der Hauptgrund für die regionale Umverteilung zwischen Wirtschaftsleistung und daraus entstehendem Einkommen, in der Regel ist die Distanz der regionalen Translokation aber eher als gering einzustufen. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus³ beträgt für die Mehrheit der Pendler in Baden-Württemberg die einfache Wegstrecke weniger als 10 km, bei 31 % liegt die Wegstrecke zwischen 10 und 25 Kilometern und nur rund 14 % pendelten über größere Entfernungen. Die Mehrheit der durch das Pendeln ausgelösten regionalen

Translokationen dürften sich daher innerhalb eines Kreises bzw. zwischen benachbarten Kreisen abspielen.

Die Annahme wird durch die bundesweiten Ergebnisse des Mikrozensus von 2004 bestätigt.⁴ Danach pendeln im gesamten Bundesgebiet weniger als 5 % der Erwerbstätigen über eine Landesgrenze hinweg. Nicht alle Pendler über Landesgrenzen sind nun allerdings als Fernpendler anzusehen, da ja auch die Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin als Länder anzusehen sind. Knapp ein Drittel der Pendler über Landesgrenzen arbeiten in den genannten Stadtstaaten und sind daher – geht man von den Entfernungsrelationen insgesamt aus – überwiegend als Pendler aus den umliegenden Landkreisen anzusehen. Hinzu kommen weitere Pendler, die zwar ebenfalls Landesgrenzen überschreiten, aber keine echten weiträumigen Pendler sind: beispielsweise Auspendler aus Rheinland-Pfalz in die Wirtschaftsräume Rhein-Neckar oder Rhein-Main. Echte Fernpendler, die für einen großräumigeren Einkommenstransfer sorgen, sind dagegen eher selten. Einen Hinweis gibt möglicherweise die Zahl der Wochenendpendler, die vom Mikrozensus mit rund 350 000 angegeben wird; bezogen auf die Zahl der Erwerbstätigen entspricht dies einem Anteil von nur rund 1 %.

Von den drei Komponenten des Primäreinkommens der privaten Haushalte – dem Arbeitnehmerentgelt, den Vermögenseinkommen und den Unternehmereinkommen – lässt sich nur für die größte und wichtigste Position, das Arbeitnehmerentgelt, zumindest näherungsweise die regionale Umverteilung abbilden. Für die beiden anderen Komponenten stehen zwar Indikatoren für die regionale Verteilung des Aufkommens zur Verfügung, es gibt aber keine Informationen über die regionale Herkunft dieser Einkommen bei Eingang im Haushalt. Bei den Unternehmereinkommen, die ja auf die Betriebsüberschüsse bzw. Selbststän-

3 „Mehr als zwei Drittel der erwerbstätigen Pendler fahren mit dem Auto“; Pressemitteilung des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg vom 15. April 2005.

4 „Leben und Arbeiten in Deutschland – Mikrozensus 2004“; Statistisches Bundesamt, 2005.

T2		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie Berufspendler 2003		
Zeile	Merkmal	Stuttgart	Böblingen	Calw
1	Beschäftigte mit Wohnort in ...	202 646	137 994	56 268
2	Auspendler	56 786	45 329	25 691
3 = 1-2	Beschäftigte mit Wohn- und Arbeitsort in ...	145 860	92 665	30 577
4	Einpendler	204 291	65 701	9 044
5 = 3+4	Beschäftigte mit Arbeitsort in ...	350 302	158 457	39 651
Quelle: Bundesagentur für Arbeit				

digeneinkommen von Einzelunternehmern bzw. Personengesellschaften, also den Handwerkern, Architekten, Ärzten, zurückgehen, dürfte meist von einem vergleichsweise engen regionalen Bezug zwischen Leistungserstellung und Einkommenszufluss auszugehen sein. Auch bei manchen Kapitaleinkünften, so dem Sparbuch bei der Kreissparkasse, dürfte noch ein gewisser regionaler Bezug zwischen Leistungsentstehung (zum Beispiel gezahlte Zinsen von örtlichen Unternehmen oder Bauherren) und dem Bezug als Einkommen (empfangene Zinsen der Haushalte) vorhanden sein.

Vielfach dürfte ein unmittelbarer regionaler Bezug auch dadurch nicht mehr gegeben sein, dass in Zeiten der Globalisierung der regionale Zusammenhang zwischen Wirtschaftsleistung und Einkommen bei Kapitalvermögen immer losgelöster und unbestimmter geworden sein dürfte. Woher stammen beispielsweise (regional betrachtet) die Kapital-, Zins-, Dividendeneinkünfte aus Beteiligungen an Fonds und internationalen Unternehmen, aus Zinserträgen staatlicher Wertpapiere, Direktbanken oder von Unternehmensanleihen? Die regionale VGR stößt hier an Grenzen. Allenfalls in der Summe lassen sich Aufkommen und Zugang der Vermögenseinkommen bestimmen, die regionalen Umverteilungseffekte bleiben aber weitgehend im Dunkeln.

Als Resümee bleibt festzuhalten, dass es zu erheblichen Abweichungen zwischen dem regionalen Niveau der Wirtschaftsleistung und dem Zufluss von Einkommen an die privaten Haushalte kommt (*Schaubild 2*). Die gewählte Darstellung saldiert die Wirkung einer Reihe von Wertströmen, unter denen der wichtigste und bedeutendste die Entlohnung für den Faktor Arbeit – das Arbeitnehmerentgelt – darstellt. Im Ergebnis zeigt sich in der Gegenüberstellung von Wirtschaftsleistung und Primäreinkommen die regionale Umverteilung wirtschaftlicher Werte aus der Beteiligung der Haushalte am Wirtschaftsgeschehen.

Vom Primäreinkommen zum Verfügbaren Einkommen

Das Primäreinkommen kann als eine Art Roh-einkommen betrachtet werden, ein Einkommen, das theoretisch den Haushalten zusteht, sie aber praktisch nicht erreicht, weil eine Reihe meist staatlich induzierter Umverteilungsprozesse zum Beispiel durch Steuern und Sozialabgaben einsetzt.⁵ Das letztlich den privaten Haushalten zur Verfügung stehende Einkommen ergibt sich erst nach Abschluss dieser Umverteilungsprozesse. Diese Umverteilungsprozesse,

die so genannte sekundäre Einkommensverteilung, bedingen eine Umverteilung zwischen Haushalten und eine regionale Umverteilung.

Im Rahmen dieser Prozesse wird Einkommen nicht nur umverteilt, es kommt auch zu „Reibungs“-verlusten. Im Jahr 2003 gingen rund 13 % des Primäreinkommens der privaten Haushalte beim Übergang zum Verfügbaren Einkommen verloren. Man kann zwar davon ausgehen, dass die „Reibungs“-verluste indirekt wieder zu einem Teil den privaten Haushalten zugute kommen, zum Beispiel in Form von Arbeitnehmerentgelten der Beschäftigten in den Sozialversicherungen oder in Form von Zinseinnahmen von Staatspapieren, grundsätzlich lässt sich aber festhalten, dass durch die Umverteilung an sich das Primäreinkommen geschmälert wird.

Soziale Sicherung als wichtigster Umverteilungsprozess

Der Umverteilungsprozess selbst setzt sich aus mehreren Transaktionen zusammen, in denen Wertströme den privaten Haushalten entzogen oder zugeleitet werden. Der mit Abstand größte Urheber für diese Wertströme sind die sozialen Sicherungssysteme für Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit. Die Summe der geleisteten Sozialbeiträge der privaten Haushalte (einschließlich der Anteile der Arbeitgeber, die nach den Konventionen der VGR Bestandteil des Arbeitnehmerentgelts sind) beziffert sich in Deutschland im Jahr 2003 auf 444 Mrd. Euro. Damit wird mehr als ein Viertel des gesamten Primäreinkommens der privaten Haushalte über die sozialen Sicherungssysteme in den Prozess der Umverteilung eingespeist.

Für sich betrachtet sind die sozialen Sicherungssysteme für die privaten Haushalte sogar ein Überschussgeschäft: Die empfangenen monetären Sozialleistungen übersteigen mit 451 Mrd. Euro die geleisteten Sozialbeiträge um rund 6 Mrd. Euro. Dieser Überschuss bedarf allerdings einer Gegenfinanzierung, die beispielsweise in Form von Zuschüssen zur Renten- oder Arbeitslosenversicherung aus dem Bundeshaushalt erfolgt. Der Bundeshaushalt wiederum finanziert sich zu einem beträchtlichen Teil aus den Einkommen- (und Vermögen)steuern, die gleichfalls von den privaten Haushalten in den Umverteilungsprozess eingespeist werden: Im Jahr 2003 waren dies insgesamt 208 Mrd. Euro. Die weiteren Umverteilungsprozesse (empfangene und geleistete sonstige laufende Transfers, jeweils gut 70 Mrd. Euro) sind dagegen von geringerer Bedeutung. In der Sum-

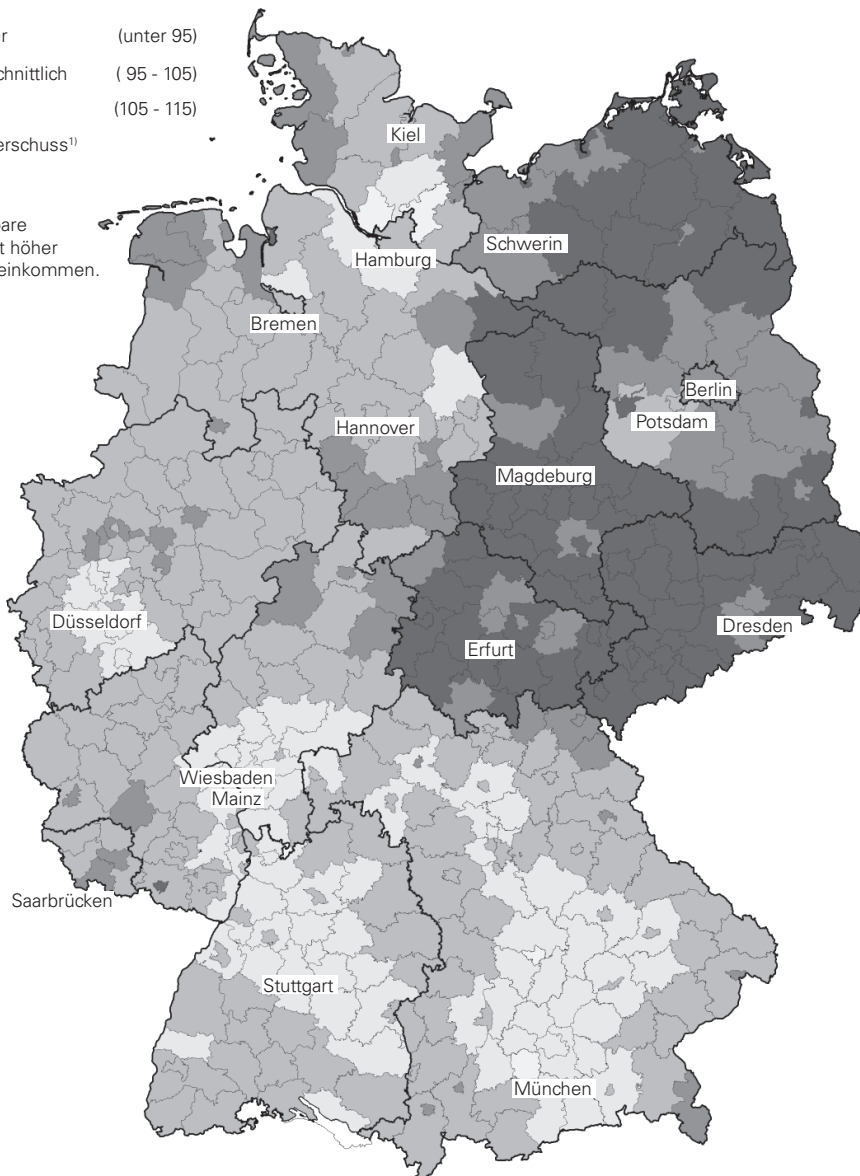
⁵ Eine umfassende Darstellung der Umverteilung und der theoretischen Aspekte auf der Ebene der Bundesländer findet sich in Kohlhuber, Franz: „Wirtschaftsleistung und Einkommen der Privaten Haushalte Bayerns im Ländervergleich“ in: Bayern in Zahlen 5/2005.

S3 Verhältnis zwischen Einkommenspotenzial (Primäreinkommen) und Verfügbarem Einkommen der privaten Haushalte in den Stadt- und Landkreisen Deutschlands 2003

Vom Primäreinkommen im Kreis verbleibt ... an Verfügbarem Einkommen als im Durchschnitt Deutschlands (D: = 100)

- weniger (unter 95)
- durchschnittlich (95 - 105)
- mehr (105 - 115)
- ein Überschuss¹⁾

1) Das Verfügbare Einkommen ist höher als das Primäreinkommen.



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

31-31-05-009

me werden den privaten Haushalten knapp 46 % (728 Mrd. Euro) des Primäreinkommens entzogen, an die Haushalte zurück fließen rund 33 % (525 Mrd. Euro) des Primäreinkommens.

Baden-Württemberg trägt gesamtdeutsche Lasten

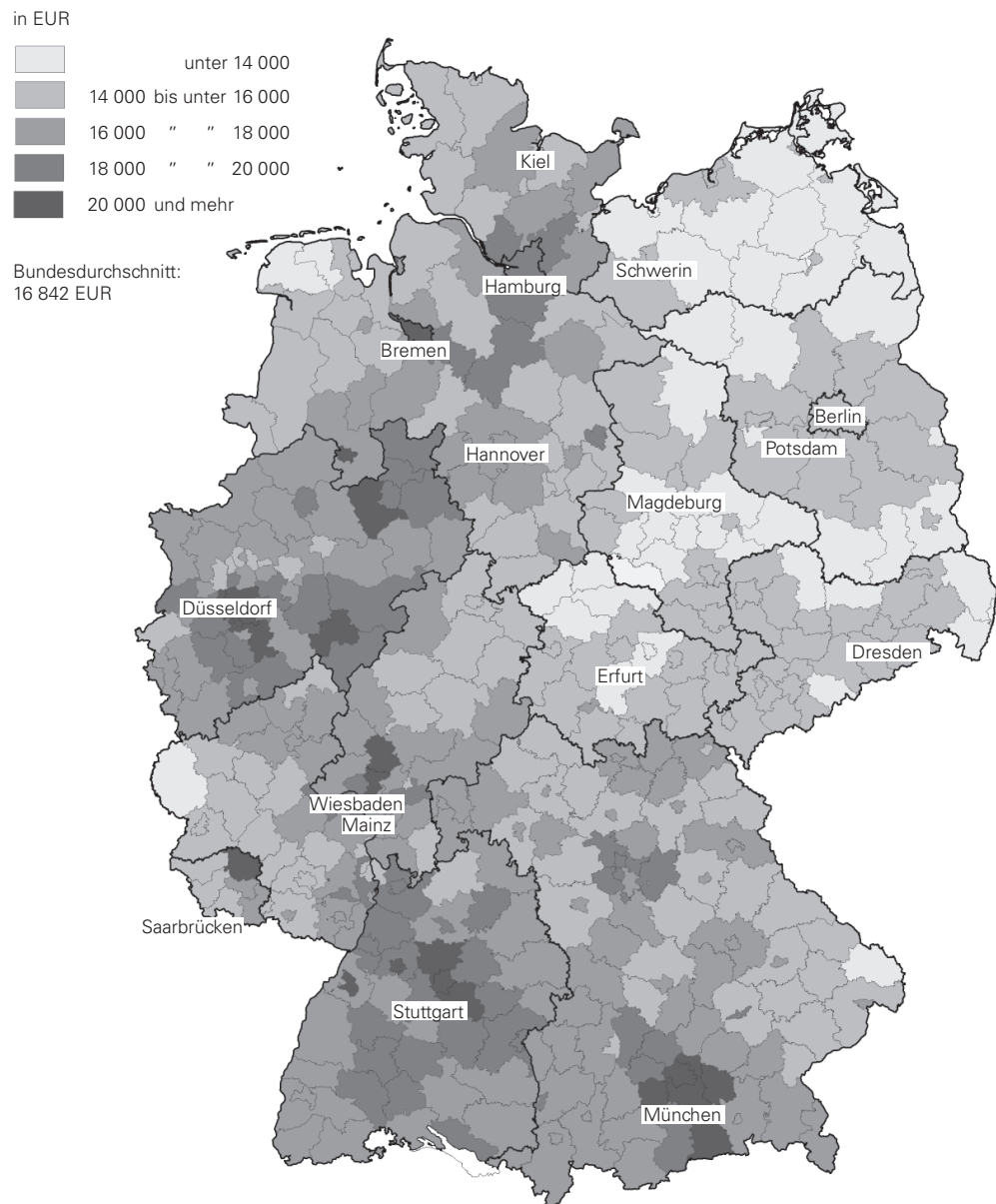
An den monetären Sozialbeiträgen bzw. Sozialleistungen wird deutlich, in welchem Umfang sich Baden-Württemberg an der Finanzierung gemeinschaftlicher Aufgaben beteiligt. Während im Jahr 2003 im Bundesgebiet ein leichter Überschuss der empfangenen Sozialleistungen

zu verzeichnen ist, stehen in Baden-Württemberg empfangenen Sozialleistungen in Höhe von 52 Mrd. Euro geleistete Sozialbeiträge von 61 Mrd. Euro gegenüber. Der Saldo bezieht sich auf knapp 10 Mrd. Euro und gibt eine Vorstellung davon, in welchem Maße sich die Einwohner und die Wirtschaft Baden-Württembergs weit jenseits der im Länderfinanzausgleich (2,2 Mrd. Euro) offenkundigen Dimensionen an der Erfüllung gesamtgesellschaftlicher Anforderungen beteiligen.

Der Umverteilungsprozess ist, das gilt besonders für die sozialen Sicherungssysteme, ein Akt der Einkommensumverteilung zwischen

S4

Verfügbares Einkommen je Einwohner in den Stadt- und Landkreisen Deutschlands 2003



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

31-31-05-008

den Haushalten. Während im Bereich der Krankenversicherung noch von einer gewissen Kongruenz von Beitragszahlern und Leistungsempfängern ausgegangen werden kann, trifft dies für Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung sicher nicht mehr zu. In diesen Sicherungssystemen werden mit den Beiträgen der Beschäftigten gerade solche Haushalte alimentiert, die gegenwärtig ohne Einkommen aus Beschäftigung sind. Völlig diffus wird die Umverteilung zwischen den Haushalten im Bereich des Staates. So besteht keinerlei Zusammenhang zwischen den Zahlungen eines privaten Haushalts an den Staat in Form von Einkommensteuer und den vom Staat an den

gleichen oder andere Haushalte geleisteten Transferzahlungen wie Kindergeld oder Eigenheimzulage. Aufgrund dieser komplexen und wechselseitigen Beziehungen beschränkt sich die Betrachtung auf die Gesamtheit der privaten Haushalte und die Eckgrößen der Umverteilung.

Regionale Effekte der Umverteilung

Im Durchschnitt aller Haushalte in Deutschland beträgt das verfügbare Einkommen rund 87 % des Primäreinkommens. Setzt man für eine regionale Analyse diesen Durchschnitt als neuen

Mittelwert (100) fest, dann haben Kreise mit Werten über 100 ein – gemessen am Primäreinkommen – überdurchschnittliches verfügbares Einkommen, während Kreise mit weniger als 100 ein – wieder gemessen am Primäreinkommen – unterdurchschnittliches verfügbares Einkommen aufweisen. Die erste Gruppe gehört demzufolge per saldo zu den relativen Nutznießern des Umverteilungsprozesses. Da der Umverteilungsprozess aber keine Werte schafft, sondern nur neu verteilt, gibt es aber auch zwangsläufig eine zweite Gruppe, die der relativen Lastenträger: das sind die Kreise mit Werten unter 100. In dieser Darstellung sind alle Effekte der sekundären Umverteilung summarisch zusammengefasst, egal ob sie großräumig oder kleinräumig, von Nord nach Süd, von West nach Ost oder von wohlhabenden zu bedürftigen Haushalten erfolgen. Da die Berechnung letztlich summarisch erfolgt und gewisse Unschärfen enthält, wurden die Klassengrenzen in *Schaubild 3* so gesetzt, dass Nutznießer, Neutrale und Lastenträger deutlicher erkennbar sind.

Baden-Württemberg zahlt ...

Baden-Württemberg zählt eindeutig zu den Lastenträgern im Umverteilungsprozess (*Schaubild 3*). Von den 44 Stadt- und Landkreisen fällt im Jahr 2003 nicht einer in die Kategorie der eindeutigen Nutznießer; das kommt in keinem anderen Bundesland vor. Überhaupt gibt es unter den Stadt- und Landkreisen nur drei, nämlich die beiden Stadtkreise Heilbronn und Pforzheim sowie der Zollernalbkreis, die über dem bundesdeutschen Durchschnitt liegen und Werte von über 100 erreichen. In allen anderen Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs bleibt vom Primäreinkommen weniger verfügbares Einkommen als im bundesdeutschen Durchschnitt übrig. Der niedrigste Wert in Baden-Württemberg wird im Landkreis Böblingen erreicht, wo nur knapp 77 % des Primäreinkommens als verfügbares Einkommen verbleiben (umgerechnet auf den bundesrepublikanischen Durchschnitt in *Schaubild 3* entspricht dies etwa 88 %). In Anbetracht der großen Bedeutung der sozialen Sicherungssysteme für den Umverteilungsprozess und deren weit gehende Finanzierung durch die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer liegt es nahe, dass Kreise mit einer hohen Erwerbsintensität (Zahl an Beschäftigten) überproportionale Teile des Primäreinkommens abgeben müssen. Dies trifft in Baden-Württemberg nicht nur auf den Kreis Böblingen, sondern auch auf andere Kreise im Mittleren Neckarraum (Ludwigsburg, Esslingen) oder an der Rheinschiene (Rhein-Neckar-Kreis, Land-

kreis Karlsruhe) zu. Vergleichbares gilt aber auch für ähnlich strukturierte Kreise in anderen Regionen Deutschlands, so in Oberbayern oder im Rhein-Main-Gebiet. Auf vergleichsweise kurze Entfernung begegnen sich Nutznießer und Lastenträger in Nordrhein-Westfalen: auf der einen Seite Städte mitten im Strukturwandel wie Gelsenkirchen oder Essen, daneben aber auch Städte und Kreise entlang der Achse Bonn/Düsseldorf.

Zu den (relativen) Nutznießern im Umverteilungsprozess zählen Kreise, bei denen am Ende größere Teile ihres Primäreinkommens verbleiben als im Durchschnitt Deutschlands (Werte über 105). Daneben gibt es aber auch eine ganze Reihe von Kreisen, in denen die durch die Umverteilung entstandenen verfügbaren Einkommen höher sind, als den Haushalten aus ihrer Beteiligung am Wirtschaftsgeschehen unmittelbar zusteht. Rein rechnerisch ist diese Relation (Verfügbares Einkommen = Primäreinkommen) in *Schaubild 3* bei einem Wert von knapp 116 erreicht. In der obersten Klasse (Kreise mit Werten über 116) werden im Rahmen der Umverteilung verfügbare Einkommen erreicht, die sogar spürbar höher als das Primäreinkommen sind.

Zu den Nutznießern der Umverteilung zählt insbesondere Ostdeutschland. Fast flächendeckend ist festzustellen, dass das Niveau des Primäreinkommens in der Gesamtheit der Haushalte praktisch ungeschmälert erhalten bleibt. In weiten Teilen Ostdeutschlands bewirkt die Intervention des Staates und seiner Institutionen vielfach sogar, dass die verfügbaren Einkommen größer sind, als sie aufgrund der wirtschaftlichen Aktivitäten der Haushalte sein können. Nur im Umland von Berlin und einigen städtischen Zentren wird eine Intensität des Wirtschaftsgeschehens erreicht, die den Haushalten ein gewisses Einkommenspotenzial eröffnet. In der Mehrzahl der Kreise Thüringens, Sachsen-Anhalts, Sachsens oder Mecklenburg-Vorpommerns spielen dagegen die Transferleistungen in Form von Altersgeld, Arbeitslosengeld, -hilfe, Sozialhilfe und vieles mehr eine ganz wichtige – vielleicht hier und da sogar die entscheidende – Rolle.

Daneben gibt es auch in Westdeutschland eine ganze Reihe von Regionen, die im Umverteilungsprozess vergleichsweise günstig abschneiden. Dies gilt für die ehemaligen Randgebiete entlang des Eisernen Vorhangs in Bayern, Hessen oder Niedersachsen oder aber in ländlich strukturierten Gebieten an Weser-Ems, in Schleswig-Holstein oder in Rheinland-Pfalz. Dazu zählen aber auch dicht bevölkerte Ballungsgebiete, die vom Strukturwandel betroffen sind,

wie Teile des Ruhrgebiets. In den genannten Gebieten haben die staatlichen Umverteilungsmaßnahmen ein Einkommensniveau zur Folge, das höher ist, als es nach den Verhältnissen im Durchschnitt Deutschlands zu erwarten wäre.

... und bleibt trotzdem mit an der Spitze

Im Prozess der Umverteilung werden enorme Beträge umgewälzt: er nimmt vielen Haushalten und er gibt vielen Haushalten. Der Umverteilungsprozess ist viel intensiver und einschneidender, als es die Anfangs- und Endgrößen vermuten lassen. Der Prozess der Umverteilung geht allerdings nicht soweit, dass er vorhandene Wohlstandsunterschiede einebnet. Die Gebiete mit einem hohen Einkommenspotenzial (= Primäreinkommen) stehen auch nach der Umverteilung noch ganz weit vorn, wenn es um die verfügbaren Einkommen geht (*Schau-*

bild 4). Und es sind gleichzeitig die Gebiete mit der höchsten wirtschaftlichen Aktivität: Es sind die Städte (Stadtkreise) und die urbanen Zentren und die in ihrem Umland lebenden Erwerbstätigen. Dort, wo die wirtschaftliche Leistung konzentriert entsteht, werden die Werte geschaffen, die die Grundlage für eine überwiegende Nahverteilung aufgrund der Arbeitnehmerentgelte, aber auch für die transregionale Umverteilung des Staates sind. Nur intakte und leistungsfähige Zentren können diese Werte generieren und damit das Potenzial für einen ausgleichenden Transfer in die übrigen Regionen schaffen. Diese Aussage gilt gleichermaßen bei lokaler wie regionaler wie nationaler Betrachtung. ■

Weitere Auskünfte erteilt
Reiner Seitz, Telefon 0711/641-2474
E-Mail: Reiner.Seitz@stala.bwl.de

kurz notiert ...

Bauhauptgewerbe im Herbst 2005: Niedrigere Produktion, aber höhere Auftragsreserven

Das Produktionsniveau der Betriebe des Bauhauptgewerbes (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) lag auch im Zeitraum Januar bis September 2005 unter dem des vergleichbaren Vorjahreszeitraums. Insgesamt blieb die arbeitstäglich bereinigte reale Rohbauleistung um fast 4 % hinter dem Vorjahreswert zurück. Dieses Produktionsminus ist allein auf den Hochbau zurückzuführen, in dem die Betriebe des Bauhauptgewerbes in den ersten neun Monaten 2005 gegenüber Januar bis September 2004 ihre Produktion um annähernd 7 % verringert haben. Im Tiefbau wurde wieder das Ergebnis des Vorjahres erreicht.

Die geringere Produktion bei gleichzeitig leicht ansteigenden Auftragseingängen führte im Hochbau dazu, dass die realen Auftragsbestände Ende September 2005 um nahezu 10 % höher waren als ein Jahr zuvor. Im Tiefbau war das Auftragspolster noch wesentlich größer (+ 29 %); dies ist insbesondere auf die Vergabe einiger Großprojekte im Sommer zurückzuführen.

Nach dem vom Statistischen Landesamt angewandten Verfahren zur Berechnung der Auftragsreichweite, in der die durchschnittliche Produktion der letzten zwölf Monate berücksichtigt wird, sichern diese Auftragsbestände theoretisch im Hochbau für rund 4 ½ Monate und im Tiefbau für 5 ½ Monate die Beschäfti-

gung. Damit sind die Auftragsreserven so hoch wie schon lange nicht mehr zum Ende eines 3. Quartals.

Keine Trendwende bei der Industrie- beschäftigung im Südwesten in Sicht

In der Südwestindustrie wurde auch im September ein leichter Beschäftigtenzuwachs erreicht. Gegenüber dem Vormonat stieg die Zahl um 1 900 Personen auf 1 208 000 Beschäftigte. Das leichte Plus dürfte größtenteils noch auf dem saisonalen Einsatz von Ferienarbeitskräften beruhen, der in den Sommermonaten regelmäßig zu einem leichten Anstieg führt.

Demgegenüber blieben nachhaltige Beschäftigungsimpulse weiterhin aus. Im Vergleich zum Vorjahresmonat nahm die Zahl der Industriebeschäftigten um 12 100 tätige Personen ab (- 1 %). Im Zeitraum Januar bis September 2005 sank damit der Personalstand in der Südwestindustrie gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 10 100 Beschäftigte auf im Schnitt 1 202 900 tätige Personen (- 0,8 %). Dabei hat das Tempo des Beschäftigtenabbaus im bisherigen Jahresverlauf wieder leicht angezogen. Im 1. Quartal lag der Rückgang gegenüber dem Vorjahresquartal bei - 0,6 %, um im darauf folgenden Quartal wieder zu beschleunigen. In diesem Quartal unterschritt die Zahl der Beschäftigten die historische Marke von 1,2 Millionen Personen. Im 3. Quartal betrug der Rückgang 1 %. ■